

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Fotographie aus der Ausstellung «Von Herzen, aus Idlib» von Tim Alsiofi.

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

SYRIEN

Ein Ort der Kultur und der Solidarität

Ein Jahr nach dem Sturz des Regimes wollen wir, die Mitglieder des Kollektivs Al-Beyt, einen Raum für internationale und künstlerische Begegnungen in Damaskus eröffnen, um am Wiederaufbau Syriens mitzuwirken.

Wir, Moaoia, Laure und Kassem, haben 2021 in Paris das Kollektiv Al-Beyt gegründet. Kassem und Moaoia kamen 2015 als politische Flüchtlinge aus Syrien nach Frankreich. Beide arbeiten im Vereins- und Veranstaltungsbereich. Laure ist Französin und arbeitet im Kultur- und Filmbereich. Zusammen mit anderen Verbündeten nahm das Kollektiv Gestalt an und wir konnten ein aktives politisches Unterstützer:innen-Netzwerk aufbauen, das seit vier Jahren besteht.

Unsere Veranstaltungen umfassen: Diskussionen, Konzerte, Filmvorführungen, Tanz und Theater, Ausstellungen, Gastronomie ... Diese politischen und festlichen Begegnungen rücken die syrische Identität in den Vordergrund und bringen uns gleichzeitig mit anderen Gemeinschaften im Exil zusammen, um Erfahrungen, Kultur und Engagements zu teilen. Um unser Netzwerk zu erweitern, haben wir bereits Veranstaltungen in Marseille, Basel und Berlin

organisiert. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, unser Projekt im nächsten Jahr auch in Lyon, Wien und Brüssel zu präsentieren. Ein weiteres Ziel ist es, immer mehr Künstler:innen aus der Region um Damaskus einzuladen, damit sie in Europa auftreten können. Unser Verein arbeitet seit vier Jahren mit einem Team, das zu hundert Prozent aus Freiwilligen besteht, ohne Spenden oder Subventionen, ausschliesslich mit den Erträgen aus den kulturellen Aktivitäten. Durch unsere Veranstaltungen konnte das Kollektiv Mittel für den Kauf eines Grundstücks in der Region Idlib und für den Bau von neun Häusern auf diesem Gelände sammeln. Ziel war es, den Menschen, die aus den vom Assad-Regime kontrollierten Gebieten fliehen mussten, eine neue Unterkunft zu bieten und ihnen ihre Unabhängigkeit zurückzugeben. Symbolisch ist der Kauf des Landes auch für uns Exilierte wichtig. Es ist eine unabhängige und autonome Initiative, die wir, zusammen mit unse-

ren Freund:innen und Familien in Syrien, ermöglichen konnten.

Den Raum zurückerobern

Nach dem Sturz des Regimes ist es für uns als politische Exilant:innen, die an der syrischen Revolution von 2011 teilgenommen und unter der Unterdrückung des Regimes von Baschar al-Assad gelitten haben, mehr als notwendig, einen Platz in dieser neuen Ära zu finden, so ungewiss sie auch sein mag. Heute, nach mehr als zehn Jahren fern von unserem Land, ist es uns endlich möglich, nach Syrien zurückzukehren. Wir müssen diese Gelegenheit nutzen, um einen Raum für freies Denken und freie Meinungsäusserung zu schaffen.

Gestärkt durch unsere Erfahrungen in Frankreich liegt es uns am Herzen, eine Brücke zwischen hier und dort zu schlagen. Die Wiederöffnung Syriens gegenüber dem Rest der Welt nach Jahren der Isolation ermöglicht es uns endlich, diesen transnationalen Austausch zu verstärken. Damit sich das Land von mehr als fünfzig Jahren Diktatur und Schweigen erholen kann, schlagen wir ein Projekt vor, das zum Stabilisierungsprozess dieser extrem geschwächten Gesellschaft beitragen wird: einen Ort, der von und für Gruppen der Zivilgesellschaft geschaffen wird.

Am wichtigsten ist es uns, unsere Unabhängigkeit vor jeglicher politischen oder religiösen Autorität zu bewahren. Da die Lage in Syrien weiterhin instabil ist, ist es für uns von grösster Bedeutung, diesen autonomen und sicheren Raum für alle zu schaffen. Die Syrerinnen und Syrer können ihn dann frei nutzen, um sich Gehör zu verschaffen und

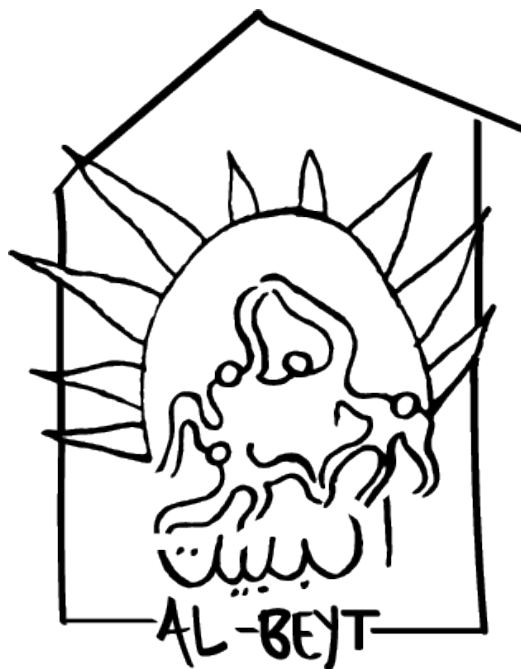
ihre Initiativen voranzubringen. Seit dem Sturz des Regimes zieht Syrien zahlreiche ausländische Investoren an, welche die wirtschaftliche Schwäche des Landes ausnutzen, um ihre Interessen zu verfolgen. Angesichts dieser neuen Einmischungen müssen wir schnell handeln, um unser Erbe und unsere Unabhängigkeit zu bewahren.

Im Herzen von Damaskus

Kürzlich erhielten wir von einem befreundeten französisch-syrischen Journalisten die Information, dass ein traditionelles Damaszener Haus im historischen Zentrum von Damaskus zum Verkauf steht. Schnell entstand die Idee, es zu kaufen, um dort ein Kultur- und Sozialzentrum zu eröffnen. Denn Kunst und Kultur sind unsere Werkzeuge in unserem Engagement, und dieses Projekt steht somit in der Kontinuität unserer aktuellen Arbeit.

Das Haus befindet sich im Herzen von Damaskus, in einem historischen Viertel, dessen Geschichte mehr als zwei Jahrtausende zurückreicht. Für uns, die Gründer:innen des Kollektivs Al Beyt, die aus den nordöstlichen Provinzen (Ar-Raqqah und Deir-ez-Zor) stammen, sind diese Gebiete leider immer noch unzugänglich. Die Lage in Syrien ist weiterhin instabil und Reisen zwischen den Provinzen und Städten sind schwierig. Daher ist es von grösster Bedeutung, sich in der Hauptstadt Syriens zu positionieren, wo man im Allgemeinen anreist. Die politische und soziale Lage in Damaskus ist stabiler und erleichtert den Empfang von Menschen auch aus dem Ausland.

Wir stellen uns einen offenen Ort vor: Filmvorführungen, Poesieabende, Diskussionen, Konzerte, Ausstellungen, Workshops, Volksbildung, Medienausbildung etc. mit einem täglich angebotenen solidarischen Catering,



das den sozialen Zusammenhalt stärkt. Das Ziel ist es, einen Ort zu schaffen, der in der heutigen syrischen Gesellschaft verankert ist und wieder Raum für kritisches Denken, Konvivialität und interkulturellen Austausch bietet. Dieser Ort wird auch Unterkünfte im Rahmen von Künstler:innenresidenzen sowie eine Anlaufstelle für Fachleute, Journalist:innen und Aktivist:innen der Zivilgesellschaft bieten, die kommen, um über den Wiederaufbau des Landes zu berichten oder daran mitzuwirken.

Nach Gesprächen mit dem Eigentümer wurde uns das Haus bis April 2026 zum Kauf reserviert: Wir haben also sechs Monate Zeit! Nun sind wir also mitten in einem Wettlauf mit der Zeit, um diesen grossen Traum zu verwirklichen. Schliesslich ist es für uns, die wir seit so vielen Jahren auf den Sturz von al-Assad gewartet haben, ein wahr gewordener Traum, dass wir Euch diesen zukünftigen Gemeinschaftsraum vorstellen können. Jetzt können wir endlich in die Zukunft blicken: Es

gibt noch viel zu tun! Es ist an der Zeit, unsere enttäuschten Hoffnungen aus der Revolution, die heute aus ihrer Asche wiederauferstehen, zu verwirklichen.

Moaia, Laure und Kassem,
Kollektiv Al Beyt

Zukünftige Aktivitäten von Al Beyt

- Solidarisches Café, kleine Gastronomie
- Kulturveranstaltungen: Diskussionen, Poesie, Filmvorführungen, Konzerte
- Workshops: Informatik, Medien, Fotografie, Musik.
- Residenzen für syrische und internationale Künstler:innen
- Empfang und Unterkunft von Projektpartner:innen aus dem Ausland
- Produktionsraum für Filmbearbeitung (Schnitt und Kalibrierung)
- Tonstudio

Bei Fragen, Ideen oder Ratschlägen könnt Ihr euch gerne an uns wenden:
collectif.albeyt@gmail.com
Instagram: @al-beyt-collectif

Hier ist ein Link zur HelloAsso-Spendenaktion: www.helloasso.com/associations/collectif-al-beyt/collectes/xxxxx

PALÄSTINA/LANDWIRTSCHAFT

Wiederaufbau in Gaza

Während der Waffenstillstand in Gaza weiterhin fragil ist, hoffen Landwirtinnen und Landwirte darauf, schnell ihre politische und ihre Nahrungsmittel-Souveränität zurückzugewinnen, die den Eckpfeiler des Friedensprozesses bilden.

Auberginen und Gurken wachsen zwischen den Trümmern und tragen die Hoffnung einer leidenden Bevölkerung in sich. Drei Wochen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands zwischen der Hamas und Israel stehen die Bewohner:innen Gazas vor einem Meer der Zerstörung und fragen sich, wie sie ihre Zukunft wiederaufbauen können. Für Samar

Abo Saffia ist die Antwort einfach: pflanzen und noch mehr pflanzen.

In Deir el-Balah, einer Stadt im Zentrum des Gazastreifens, setzt die junge Agronomin ihr Projekt fort, das Land zu bewirtschaften, das durch zwei Jahre Konflikt verwüstet wurde. «Dank der Waffenruhe ist es einfacher geworden, landwirtschaftliche Geräte

zu kaufen und die Pflanzen zu bewässern, also habe ich beschlossen, mein Projekt auszuweiten, von den Flüchtlingslagern auf die zerstörten Brachflächen, wo ich den Boden säubere, bevor ich ihn bepflanze», erklärt die Frau. Sie wurde durch die Angriffe etwa zehn Mal vertrieben, bevor sie sich schliesslich mit ihrem Mann hier niederliess.

Freude von kurzer Dauer

Am 10. Oktober trat nach wochenlangen Verhandlungen ein vom US-Präsidenten Donald Trump vermittelter Waffenstillstand offiziell in Kraft, flankiert von einem mehrstufigen Friedensplan: Der rechtsextreme Politiker verkündete sogar «das Ende des Krieges in Gaza». In den folgenden Tagen wurden 2000 palästinensische Gefangene, von denen die meisten seit dem 7. Oktober 2023 willkürlich festgenommen worden waren, im Austausch gegen die 20 noch lebenden israelischen Geiseln der Hamas und ihrer Verbündeten sowie gegen mehrere Leichen freigelassen.



«Die Stimmung in Deir el-Balah nach der Ankündigung des Kriegsendes war unglaublich, als wäre es ein Feiertag. Die Menschen waren von einer intensiven Freude erfüllt, der Freude, nach Hause zurückkehren zu können, der Freude, das Ende dieses schmerzhaften Alptrahms zu sehen», berichtet Samar Abo Saffia gegenüber «Reporterre»¹ über WhatsApp.

Für sie war Trumps Plan die «einzige Lösung, um den Tod in Gaza zu beenden», und er ist angemessen, «solange die Palästinenser:innen auf ihrem Land bleiben können», erklärt die Frau, die nun einen Master in Agronomie machen möchte, ein Traum, der lange Zeit durch die Qualen des Völkermordes begraben war. «Ich hoffe, dass Gaza wieder schön wird, dass es – unter Berücksichtigung der Umwelt – wieder richtig aufgebaut wird und dass ich ein schönes Haus haben werde, umgeben von Bäumen und Blumen, friedlich und ohne Krieg und Tod.»

Aber die Freude war nur von kurzer Dauer: Mehr als hundert Palästinenser:innen wurden am 29. Oktober bei israelischen Luftangriffen auf Gaza getötet, offiziell als Vergeltung für den Tod eines israelischen Soldaten durch die Hamas. Während die Umsetzung des Friedensplans von Zwischenfällen überschattet ist, hat Israel seit dem 10. Oktober 2025 insgesamt 200 Palästinenser:innen durch Luftangriffe, Maschinengewehr- und Panzerbeschuss getötet und die Einfuhr humanitärer Hilfe verlangsamt. Ein übliches Vorgehen für Israel, das «systematisch gegen die Waffenstillstandsabkommen in Gaza und im Libanon verstößt», meint Gabriella Neubert, Assistentin für Advocacy und Forschung bei der «Arabischen Naturschutzgruppe» (APN), einer palästinensisch-jordanischen Umweltorganisation. «Wir erkennen hier das übliche koloniale Szenario: ein Plan, der ohne jegliche Konsultation der Palästinenser:innen ausgearbeitet wurde, ähnlich wie die Osloer Abkommen, welche die Besatzung und Landnahme nur noch verstärkt haben.»

Seit März 2024 wurden im Rahmen des APN-Projekts «Revive Gaza's Farmland» («Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Flächen in Gaza») 126 Hektar Land bewirtschaftet und mehr als 6000 Tonnen Gemüse produziert. «Wir setzen uns für eine souveräne Wiederbelebung der Ernährungssysteme in Gaza ein, während der Plan von

Trump die Zerstörung der landwirtschaftlichen Flächen vollendet, indem er sie statt für die Produktion von Gemüse und Getreide als Orte kolonialistischer und kapitalistischer Ausbeutung betrachtet», fügt sie hinzu und verweist dabei auf die luxuriösen Immobilienprojekte «Riviera», die der US-Präsident und sein Schwiegersohn Jared Kushner in der Enklave vorantreiben.

Frieden in den Händen des Volkes

Trumps glänzender Plan für Gaza, dessen Demografie und Topografie durch den Völkermord verändert wurde, kommt inmitten von Ruinen und zerbrochenen Träumen. Mehr als 68.200 Menschen wurden laut dem Gesundheitsministerium von Gaza direkt von der israelischen Armee getötet, hinzu kommen noch etwa zehntausend Leichen unter den Trümmern und Zehntausende von Todesfällen aufgrund von Hunger, Krankheiten und Umweltverschmutzung. 92 Prozent der Wohnhäuser sind beschädigt oder zerstört, ebenso wie 80 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen.

Das Untersuchungsteam «Forensic Architecture» (FA) enthüllt sogar, dass 90 Prozent der Pflanzenwelt durch Feuer, Bulldozer und Bomben zerstört wurden. Ein Drittel des Landes der Enklave sei durch diesen Ökozid zerstört worden, erklärt Samaneh Moafi, stellvertretende Forschungsdirektorin für den Nahen Osten. «Anhand von Satellitenbildern lässt sich ein systematisches Muster erkennen: Als die israelischen Streitkräfte vorrückten, haben sie zunächst alles in ihrem Weg zerstört, bevor sie dort militärische Infrastrukturen errichteten: Strassen, Lager, Erdwälle. Und zwar vor allem in den landwirtschaftlichen Gebieten von Gaza, wobei sie die Grenzen zum Zentrum und zur Küste hin verschoben haben», erklärt sie und zeigt die Entwicklung auf einer von der FA veröffentlichten interaktiven Karte. Viele dieser Strukturen scheinen dauerhaft zu sein und sollen eine langfristige Kontrolle gewährleisten.

Der geplante Rückzug der israelischen Streitkräfte im Rahmen des Waffenstillstands folgt den Linien dieser geräumten Pufferzonen. «Wir haben festgestellt, dass Israel die Zivilbevölkerung gezwungen hat, sich in Gebiete mit sandigem Boden zurückzuziehen, um die Kontrolle über alle besseren Böden zu behalten», erklärt die Forscherin. Auf diese Weise behält die israelische Armee

in der aktuellen Phase des Plans die Kontrolle über 58 Prozent des Gazastreifens, insbesondere über die fruchtbarsten Böden. Und nach dem vollständigen Rückzug würden die erweiterten Pufferzonen an den Grenzen zwischen Gaza und Israel in die fruchtbarsten Gebiete hineinragen, sagt sie, und damit die zukünftige Regenerations- und Landwirtschaftsfähigkeit sabotieren. «Aber man sollte das Know-how und die Widerstandsfähigkeit der Bewohner:innen Gazas nicht unterschätzen, denen es bereits jetzt gelingt, das trockene Land zu bewirtschaften», sagt sie.

Dieser Meinung ist auch Gabriella Neubert von der APN («Arabische Naturschutzgruppe»). «Ein gerechter und nachhaltiger Frieden kann nur in den Händen der Bevölkerung liegen, nicht in denen kolonialistischer oder imperialistischer Instanzen. Parallel zu einem Prozess, der alle, die diesen Völkermord begangen haben, und ihre Komplizen vor Gericht bringen soll, müssen wir die Ernährungssouveränität Gazas unterstützen und den Palästinenser:innen helfen, ihr Land zu bewirtschaften und sich frei zu ernähren, um leben zu können.» Vor dem Krieg und trotz der seit 2007 von Israel verhängten Blockade hatte Gaza eine bemerkenswerte Selbstversorgung im Agrarsektor entwickelt, insbesondere bei der Produktion von Obst und Gemüse. Genau daran arbeitet Samar Abo Saffia auf ihren Feldern in Deir el-Balah. «Wir haben es mit einem Boden zu tun, der durch die Abwanderung und mangelnde Pflege ausgelaugt ist. Es fehlt an Wasser und das verfügbare Saatgut ist von schlechter Qualität. Wir müssen also an der Entwicklung der Landwirtschaft, dem Wiederaufbau und der Sanierung der Böden arbeiten, um alle Spuren von Sprengstoff zu beseitigen und von vorne beginnen zu können», erklärt die junge Frau, die damit hofft, ihre Zukunft und die Zukunft Gazas wieder selbst in die Hand nehmen zu können.

Philippe Pernot, Beirut, 30. Oktober 2025

«Israel hat die Menschen in Gebiete mit sandigem, unfruchtbarem Boden evakuiert.»

1. Dieser Artikel wurde Ende Oktober in «Reporterre» zum ersten Mal publiziert. «Reporterre» ist eine Internetzeitung mit der Bezeichnung «das Medium der Ökologie», die sich hauptsächlich mit Umwelt- und Sozialproblemen befasst. Die Zeitung publiziert auf Französisch, ist frei zugänglich, werbefrei und auf Spenden der Leser:innen angewiesen. Archipel kooperiert regelmäßig mit «Reporterre» (www.reporterre.net).

Das Recht auf ein Leben in Würde

Vom 6. bis zum 13. September 2025 haben sich 700 Delegierte aus mehr als 100 Ländern in Kandy, Sri Lanka, zum «Dritten Globalen Nyéléni-Forum» getroffen. Bäuerinnen und Bauern, indigene Bewegungen, Hirt·innen, Fischer·innen, feministische Bewegungen, Jugendliche, Arbeiter·innen und Aktivist·innen kamen aus allen Kontinenten zusammen, um den globalen Kampf für Gerechtigkeit, Würde und das Leben zu erneuern und zu stärken. Hier die Rede von Samah Abunina*:

Ich bin eine Frau aus Palästina, wo die Stimmen der Frauen unter den Trümmern begraben sein sollen. Aber trotz der verschiedenen Formen der Blockade bin ich heute hier, um die Stimme der palästinensischen Frauen zu vertreten – der Bäuerinnen, Revolutionärinnen, Märtyrerinnen und Gefangenen. Ich bin Zeugin der Verbrechen, die begangen werden, der Frauen, die ihre Kinder unter den Bombenangriffen verlieren, der Frauen, die aus ihren Häusern vertrieben werden, einer ganzen Generation, der das Recht auf ein Leben in Würde verwehrt wird. Wir haben Völkermord, Hungersnot und Zwangsumsiedlungen erlebt. Dennoch halten wir an unserem Land fest, pflegen es, schützen es und verteidigen es.

In Palästina sind Frauen die Ikonen der Revolution, der Auferstehung und der Wiedergeburt. Sie sind es, die ihre belagerten Häuser und ihr Land schützen, das von Enteignung und Besiedlung bedroht ist. Frauen sind die Hüterinnen des kollektiven Gedächtnisses. Sie sind nicht nur Opfer, sondern Ziele, die, wenn sie getroffen werden, Auswirkungen auf künftige Generationen haben.

Ich stehe heute hier im Namen der Bäuerinnen, die weltweit das Rückgrat der Ernährungssouveränität bilden. Gleichzeitig gehören wir zu denjenigen, die am stärksten von Marginalisierung und Ausbeutung bedroht sind. Frauen in ländlichen Gebieten bewirtschaften ihr Land, bewahren Saatgut auf, kümmern sich um Tiere und tragen die Verantwortung für die Ernährung der Nationen. Dennoch werden ihnen grundlegende Rechte auf Land, Wasser und Saatgut verweigert, und sie sind es, die patriarchalische, soziale und wirtschaftliche Gewalt erleiden. Sie zahlen den höchsten Preis für Armut, Zwangsumsiedlungen und bewaffnete Konflikte.

In der arabischen Region wird das Leid der Frauen auf dem Land durch politische und wirtschaftliche Satellitenregime verschärft, die ausländischen Mächten untergeordnet sind und durch Abkommen eingeschränkt werden, die die Interessen grosser Unternehmen über die Interessen der Bevölkerung stellen. Frauen in ländlichen Gebieten arabischer

Länder werden ihrer Ressourcen beraubt und sind durch den Klimawandel und Dürren bedroht. Sie sind mit neoliberaler Agrarpolitik konfrontiert, die ihnen ihre Rechte auf Land, Arbeit und ein würdiges Leben vorenthalten. Dennoch bleiben sie unerschütterlich und kämpfen dafür, dass das Leben weitergeht, dass das Land geschützt wird und dass das Recht der Völker auf Nahrung und Souveränität verteidigt wird.

Die Situation in meinem Land, dem besetzten Palästina, ist noch schwieriger. Palästinensische Bäuerinnen sind mit Besatzung, Besiedlung und Landenteignung konfrontiert, zusätzlich zu der täglichen Gewalt, die von der Kolonialkriegsmaschine der israelischen Regierung ausgeübt wird.

Traum von unzerbrechlicher Freiheit

Der Völkermord, dem die Palästinenser·innen heute ausgesetzt sind, offenbart den grausamen Imperialismus und die Komplizenschaft der kolonialen und kapitalistischen Weltmächte. Bis heute gibt es mehr als 73.000 Tote und Vermisste, darunter 19.000 Kinder. Mehr als 13.000 Frauen wurden durch Bombardierungen, Hungersnot und Belagerung getötet. Palästinensische Frauen verlieren nicht nur ihre Häuser und ihr Land, sondern

auch ihre Söhne und Töchter. Ihnen wird das Recht auf Leben verweigert. Dennoch kämpfen sie weiter für ihr Land, für ihr Leben, für eine freie und würdige Zukunft.

Bei «La Via Campesina» bekräftigen wir, dass unser Kampf ein globaler Kampf ist. Wir erkennen, dass unser Kampf gegen die Besatzung in Palästina derselbe Kampf wie gegen den ungezügelter Kapitalismus und die multinationalen Konzerne ist, die den Bauern ihr Saatgut stehlen, die Umwelt zerstören und die Menschen versklaven.

Unser Kampf gegen den Völkermord in Palästina ist ein Kampf gegen patriarchalische, rückständige und imperialistische Regime, die Frauen auf der ganzen Welt unterdrücken. Meine Botschaft an Sie und an alle Frauen, Jugendlichen und Männer auf der Welt, die sich für gerechte Anliegen einsetzen, lautet: Lasst Palästina nicht allein. Unser Kampf ist kein lokaler Kampf. Es ist der Kampf jedes Menschen, der Ungerechtigkeit ablehnt. Wir sind unerschütterlich und wir kämpfen. Wir träumen von unzerbrechlicher Freiheit.

Gemeinsam müssen wir die Bäuerinnen gegen alle Formen von Gewalt und Ausbeutung verteidigen und schützen sowie ihr Recht auf Land, Saatgut und Wasser garantieren. (...) Wir werden eine weltweite Bewegung aufbauen, die auf Solidarität und dem Austausch von Erfahrungen und Wissen basiert und die Ernährungssouveränität in den Mittelpunkt des Kampfes für soziale Gerechtigkeit und die feministische Befreiung, für das Leben und gegen die Politik des Todes stellt. Es gibt keine Ernährungssouveränität ohne ein freies Palästina!

Samah Abunina*

*Samah Abunina ist Mitglied von La Via Campesina in Palästina. Der Text ist eine Bearbeitung ihrer Rede vor der Frauenversammlung des 3. Weltforums Nyéléni. Originalsprache: Arabisch. Er wurde in Capire am 12.11.2025 veröffentlicht. Capire ist ein Kommunikationsinstrument, das 2021 ins Leben gerufen wurde, um den Stimmen der Frauen in Bewegung Gehör zu verschaffen, die Kämpfe und Organisationsprozesse in den Gebieten sichtbar zu machen und die lokalen und internationalen Referenzen des populären, antikapitalistischen und antirassistischen Feminismus zu stärken.

Zeichnung von der Einladung zum Nyéléni-Forum 2025



Archipel
Monatszeitung des
Forum Crique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcrique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcrique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcrique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcrique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcrique.org

Kriege und Rohstoffabbau 2. Teil

Zwei Aktivisten von «Sudfa», einem von sudanesischen Exilant:innen in Frankreich gegründeten Internetmedium, und «Génération Lumière», einem von jungen Kongoles:innen in Lyon gegründeten Verein für dekoloniale Ökologie, tauschen sich über die aktuellen Kriege im Kongo und im Sudan aus und beleuchten dabei die globalisierte Logik des kolonialen Kapitalismus sowie Wege der Solidarität zwischen den Völkern.

In ihren Präsentationen war es Hamad und Jordi wichtig, gemeinsam auf die Kriege im Kongo und im Sudan hinzuweisen, die von den Medien oft vernachlässigt werden. Die Diskussion ermöglichte es, sowohl die Besonderheiten als auch die Gemeinsamkeiten der beiden Konflikte herauszuarbeiten und so die gemeinsame transnationale imperialistische Logik zu identifizieren, die in diesen Kriegen am Werk ist. Hier finden Sie Auszüge aus den Präsentationen. (Fortsetzung des Artikels im letzten Archipel.)

Hamad, Sudfa¹: Im Sudan haben die während der Kolonialzeit geschaffenen Spaltungen zu einem Staat geführt, der seit der Unabhängigkeit sehr schwach ist und den imperialistischen Mächten Tür und Tor geöffnet hat, um sich in sudanesischen Angelegenheiten einzumischen. Oft geschieht dies durch Allianzen, deren Ziel es ist, die amtierende Regierung zu unterstützen, damit sie andere an den natürlichen Reichtümern des Landes teilhaben lassen kann. Oder aber andere Länder drängen lokale Gruppen dazu, zu den Waffen zu greifen und einen bewaffneten Konflikt zu schüren, indem sie ihnen versprechen, eines Tages die Kontrolle über diese Region zu übernehmen, um von deren Reichtümern zu profitieren.

Wenn wir von imperialistischen Mächten sprechen, die im Sudan intervenieren und Instabilität schaffen, meinen wir die klassischen Mächte: Deutschland, Frankreich und alle westlichen Länder, die militärische Komponenten herstellen, die in den Waffen der Milizen der «Rapid Support Forces» (RSF) zu finden sind. Im Falle des Sudan gibt es jedoch noch andere imperialistische Mächte, die viel diskreter und stiller agieren, aber dennoch sehr brutal intervenieren. Dazu gehören insbesondere die Golfstaaten, die aus geopolitischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Gründen eine ganze Reihe von Interessen im Sudan haben. Die Vereinigten Arabischen Emirate, wichtigste finanzielle Unterstützung sowie Waffenlieferant der RSF, versuchen, sich die landwirtschaftlichen Flächen und das Vieh des Sudan anzueignen, da ihnen Ackerland fehlt und sie angesichts der globalen Erwärmung ihre Nahrungsmittelsicherheit gewährleisten wollen. Zusammen mit Ägypten und Russland profitieren sie auch vom Goldschmuggel aus den von den RSF

kontrollierten Goldminen in Darfur. Hinzu kommen all diejenigen, die Waffen an die sudanesischen Armee oder an Milizen verkaufen (russisches, chinesisches, türkisches und ukrainisches Material), oder auch kolumbianische Söldner, die von den Vereinigten Arabischen Emiraten rekrutiert wurden, um auf Seiten der RSF zu kämpfen. All diese Mächte versuchen seit jeher, ihre Agenda durchzusetzen, das Land zu kontrollieren, von seinen natürlichen Reichtümern zu profitieren und gleichzeitig in sudanesischen Angelegenheiten einzugreifen.

Der Krieg, der im April 2023 ausgebrochen ist, ist kein Krieg der Sudanesischen untereinander. Es ist ein Stellvertreterkrieg zwischen diesen verschiedenen Mächten. Zum Beispiel zwischen Ägypten und Äthiopien, die sich wegen des Renaissance-Staudamms am Nil im Konflikt befinden: Anstatt sich direkt zu bekämpfen, unterstützt jeder der beiden Staaten eine der beiden Armeen, die sich im Sudan bekämpfen.

Jordi, Génération Lumière²: Ein weiterer Antrieb der imperialen Logik des Extraktivismus besteht darin, auf politischer Ebene den Staatsapparat zu blockieren. Das Ziel der extraktivistischen Wirtschaft ist es, dass der Grossteil des Reichtums von einem einzigen Wirtschaftssektor abhängt. Das führt zu einer Art Militarisierung der Wirtschaft. Im Kongo beispielsweise sind die Gebiete, in denen die Ressourcen ausgebeutet werden, für die lokale Bevölkerung unzugänglich. Sie sind verbarrikadiert, militarisiert oder von bewaffneten Konflikten heimgesucht. Und leider besteht die Gefahr des Extraktivismus und der imperialen Logik darin, dass sie nur sehr selten demokratisch sind. Letztendlich beschränken sie sich auf Allianzen und Machtlogik. Was also im Sudan geschieht, ist genau das, was auch im Kongo geschieht. Je mehr man einen Staat nur wegen seiner Ressourcen braucht, desto weniger Demokratie gibt es. Das sieht man insbesondere bei den Ölförderländern. Und sogar hier in Frankreich sieht man es: Je mehr Projekte mit der Rohstoffindustrie verbunden sind, desto weniger öffentliche Konsultationen gibt es. Je mehr Intrigen es gibt, desto weniger Demokratie gibt es. Und diese Logik ist anderswo einfach noch undurchsichtiger, weil es um Rassifizierung geht. Man erklärt, dass es im Grunde genommen nicht so schlimm ist, wenn diese Bevölkerungsgruppen sterben oder leiden. Diese Rassifizierung ermöglicht es, ungestraft viel mehr schreckliche Dinge zu tun. Das heisst: Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Massenvergewaltigungen, die Finanzierung bewaffneter Gruppen usw.!

Hamad: Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Forderungen nach Demokratie seitens der lokalen Bevölkerung gibt. Im Jahr 2018 kam es im Sudan zu einer revolutionären



Stellvertreterkrieg zwischen Ägypten und Äthiopien: der Renaissance-Staudamm am Nil. Foto: Eduardo Soteras



Mobilisierung, die in Bezug auf Forderungen und Organisation aussergewöhnlich war. Sie weckte bei den Sudaneseinnen grosse Hoffnungen, das seit 30 Jahren herrschende Regime beenden zu können. Sie stand jedoch vor zahlreichen Herausforderungen: Sie erbt ein System, in dem der Staatsapparat nicht mehr funktionierte, ein sehr fragiles Wirtschaftssystem und eine gesplante Gesellschaft, die sich in allen Teilen des Landes im Krieg befand. Auch wenn es gelang, das Regime von Omar al-Bashir zu beenden, konnte die Mobilisierung ihr ursprüngliches Ziel nicht erreichen, nämlich «Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit». Nachdem der ehemalige Diktator ein Militärsystem geschaffen hat, dessen Ziel es war, den Interessen des Regimes zu dienen, ist die Armee nicht unabhängig vom Staat: Sie greift sehr brutal in das politische System und das Wirtschaftssystem ein und kontrolliert das ganze Land. Ausserdem besteht diese Armee aus mehreren Einheiten, darunter paramilitärische Gruppen wie die RSF. Die RSF-Miliz wurde zur Zeit des Krieges in Darfur im Jahr 2003 gegründet, um die Arbeit zu erledigen, die die sudaneseische Armee nicht machen wollte: Massaker, ethnische Säuberungen und die massive Vertreibung der Bevölkerung von Darfur. Die RSF konnten dies mit der Unterstützung bestimmter Länder, insbesondere der Europäischen Union, im Rahmen des Khartum-Prozesses³. Und das ist einer der Gründe, warum die RSF-Miliz zu einer militärischen Kraft werden konnte, viel stärker als die sudaneseische Armee, sodass sie sich 2023 gegen die Armee wandte, um an ihrer Stelle die Macht zu übernehmen. Das ist also einer der aktuellen Gründe für den Krieg, der ein Krieg um die Macht zwischen zwei Generälen ist, die für ihre persönlichen Interessen kämpfen, aber auch im Interesse der verschiedenen Länder, die sie unterstützen.

Jordi: Auch die europäischen Staaten sind durch die militärische Unterstützung der ruandischen Armee in den Konflikt im Osten des Kongo verwickelt. Der französische Staat hat Kooperationsabkommen mit dem ruandischen Staat, sodass ein Teil der Soldaten ihre Ausbildung in Frankreich absolviert. Heute, im Hinblick auf die Ereignisse im Kongo, besteht die Schwierigkeit dieses Konflikts auch darin, dass sogar der «grüne Wandel» neu «überdacht» wurde. Man erklärt uns, dass dieser ökologische Wandel nur mit dem digitalen Fortschritt einhergehen kann. Man

sagt uns, dass extreme Digitalisierung die Voraussetzung für einen echten Ausstieg aus fossilen Energien ist. Dies ist eine direkte Rechtfertigung für eine Ausweitung des Konflikts im Osten des Kongo. Warum sage ich das? Weil letztendlich, angesichts der hohen Nachfrage nach Mineralien, enorme Geldsummen auf dem Spiel stehen. Es muss also eine Art endgültige Lösung gefunden werden, das heisst ein Weg, sich das Gebiet dauerhaft anzueignen, das über bis zu 80 Prozent der Reserven verfügt. Das erscheint logisch. Und seit Februar 2024 gibt es bewaffnete Gruppen, im Wesentlichen zwei, die direkt vom ruandischen Staat finanziert werden und damit begonnen haben, Gebiete zu erobern, mit dem Ziel, sich dort dauerhaft niederzulassen und den kongolesischen Staat aus der gesamten Region Kivu zu vertreiben.

Wichtige Blickwinkel

Dieser Konflikt betrifft uns alle, denn in Wirklichkeit ist es auf internationaler Ebene unmöglich, sich eine Welt vorzustellen, die das Ende der fossilen Energien und einen ökologischen Wandel befürwortet, ohne dass die Probleme im Kongo gelöst werden. Deshalb ist die Situation im Kongo so besonders, weil sie wirklich die Schäden des Extraktivismus als Wirtschafts- und geostrategisches Modell aufzeigt, aber auch, weil sie uns alle betrifft. Zum Vorteil eines bestimmten Marktes, eines bestimmten Komforts wird man versuchen, diese Situation aufrechtzuerhalten. Aber gerade wegen der Aufrechterhaltung dieser Situation wird

es auch hier in Europa schwierig sein, aus einer Welt, aus einem Modell herauszukommen, das wir zunehmend kritisieren. (...)

Diese Auszüge aus der Podiumsdiskussion über die aktuellen Konflikte im Kongo und im Sudan, die wir zur Veröffentlichung ausgewählt haben, verdeutlichen die Verflechtung der Weltwirtschaft mit dem Extraktivismus, einer Tätigkeit, die auf der Ausbeutung von Ressourcen und Bevölkerungen beruht. Es ist das Erbe einer kolonialen und rassistischen Ordnung, das ausländische Interventionen in diesen Gebieten rechtfertigt, ebenso wie die Undurchsichtigkeit und Gewalt der Massnahmen, die zur Aufrechterhaltung dieser Wirtschaft ergriffen werden. Für uns bei Sudfa ist es wichtig, lokale Themen zu berücksichtigen und gleichzeitig einen internationalen Blickwinkel beizubehalten, der es ermöglicht, die globalisierte Logik des kolonialen Kapitalismus sowie die Wege der Solidarität zwischen den Völkern zu beleuchten.

Das Team von Sudfa

1. Sudfa ist eine kleine Gruppe sudaneseischer und französische Freundinnen, Freunde und Aktivist:innen, deren Ziel es ist, die Mobilisierungen im Sudan, die sudaneseische Geschichte und Kultur in Frankreich bekannt zu machen sowie die Kämpfe der Exilierten, die politischen und sozialen Herausforderungen sichtbar zu machen. www.sudfa-media.com
2. Génération Lumière ist eine Vereinigung für dekoloniale Ökologie, gegründet von jungen Kongolese:innen in Lyon, die in Frankreich und in der Region der Grossen Seen (Ostafrika) tätig ist: Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Uganda und Ruanda.
3. Es handelt sich um ein 2014 unterzeichnetes Abkommen zwischen der sudaneseischen Regierung und der EU zur Kontrolle der Einwanderung nach Europa an der Grenze zwischen dem Sudan und Libyen. Die Grenzkontrolle wurde von der sudaneseischen Armee an die RSF delegiert, die von der technologischen und finanziellen Unterstützung der EU profitieren konnten.

Al-Fashir, die Hauptstadt der Region Darfur, ist am 27. Oktober 2025 nach einer 18-monatigen Belagerung an die «Rapid Support Forces» (RSF) gefallen.

Die brutale Einnahme der Stadt hat die ganze Welt erschüttert. Dabei hatten die Widerstandskomitees seit Monaten auf die schreckliche Lage hingewiesen. Diese Hilferufe blieben jedoch unbeantwortet und zeugen von der Untätigkeit der sudaneseischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft, die die Massaker zugelassen haben. Seither sind über hunderttausend Menschen von dort nach Tawila (65 km westlich von Al-Fashir) geflüchtet. Sie berichten von Massenvergewaltigungen, Entführungen und Strassen, die mit Leichen übersät sind. Viele der rund 260'000 Einwohner:innen der

Stadt werden vermisst. Die Geflüchteten kommen erschöpft, dehydriert und hungrig an. Zehntausende weitere Menschen werden noch vermisst. Tawila hat sich mittlerweile zu einem riesigen Flüchtlingslager entwickelt, in dem täglich Tausende weitere Familien ankommen. Viele von ihnen suchen hier nach vermissten Angehörigen, von denen sie während des Chaos getrennt wurden.

Tausende Menschen sind weiterhin ausserhalb von Tawila in Gebieten gefangen, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden, wo sie Erpressung, Bewegungseinschränkung und Gewalt ausgesetzt sind.

Menschen austauschen

Das im August 2025 unterzeichnete französisch-britische «One in, one out»-Abkommen, das als humanitärer Fortschritt präsentiert wurde, sorgt weiterhin für Empörung. Am 10. Oktober haben etwa fünfzehn Organisationen den französischen Staatsrat¹ aufgefordert, dieses Abkommen für nichtig erklären zu lassen. Sie prangern dessen unzugänglichen und entmenslichenden Charakter an, der Leben auf eine einfache Tauschlogik reduziert.

Sobald man die Halle des Hauptbahnhofs von Calais betritt, wird eine Botschaft der Regierung auf einer Werbetafel angezeigt. «Achtung!», lautet die Ankündigung, «es gibt einen neuen Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich. Wenn Sie illegal mit einem Boot im Vereinigten Königreich ankommen, riskieren Sie nun die Ausweisung und dürfen weder ins Vereinigte Königreich zurückkehren noch sich illegal in Frankreich aufhalten.» Die Botschaft ist auf Französisch und Englisch verfasst. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens am 6. August haben die beiden Länder den Pilotversuch des sogenannten «One in, one out»-Abkommens gestartet. Dieses Abkommen ist Ausdruck des Willens beider Regierungen, «legale Durchgangswege» anzubieten und zu regulieren, um die illegale Einwanderung zu bekämpfen. Es führt somit eine Logik des Austauschs ein: Für jede Person, die illegal in das Vereinigte Königreich eingereist ist und nach Frankreich zurückgeschickt wird, kann eine andere Person legal von französischem Gebiet aus nach Grossbritannien reisen.

Doch weit davon entfernt, sich von dieser Warnung entmutigen zu lassen, drängen sich auch heute wieder Gruppen von Exilant:innen in Bussen oder Zügen in Richtung Dünkirchen oder Boulogne. Einige haben Rettungswesten dabei, um mit dem Boot nach Grossbritannien zu gelangen. Sie werden heute Nacht oder morgen Nacht aufbrechen. Wie sie haben etwa 1500 Menschen in der letzten Septemberwoche die Überfahrt über den Ärmelkanal gewagt, in der Hoffnung, dort Stabilität zu finden – einen Ort, an dem sie leben und nicht mehr nur überleben können.

Träume von England

Amira* aus Eritrea hat versucht, sich in der Schweiz niederzulassen. Dort hat sie ein Jahr lang Deutsch gelernt und um eine Aufenthaltsgenehmigung gekämpft. Diese wurde ihr jedoch verweigert. Nun ist sie wieder unterwegs und bereit, trotz Angst und Erschöpfung, die Überfahrt zu wagen. «Ich habe keine Wahl mehr», sagt sie, «Ich möchte nur einen Ort, an dem ich in Frieden leben und arbeiten kann.» Sie sitzt im Hof der Tagesstätte des «Secours Catholique» in Calais, trinkt einen heissen Tee und wärmt ihre Hände, die von der Herbstkälte taub geworden sind. Um sie herum sitzen Familien, alleinstehende Män-

ner, Jugendliche, alle von derselben Überzeugung getragen: Auf der anderen Seite des Ärmelkanals wird das Leben vielleicht etwas gnädiger sein.

Helen* träumt davon, ihren Mann und ihren Sohn wiederzufinden, die bereits in der vergangenen Woche übergesetzt haben. Amin* sucht dort nach Stabilität, Arbeit, einem «normalen Leben». Er sagt sich, dass es für ihn einfacher sein wird, Englisch zu lernen als eine andere europäische Sprache. Seit fast einem Jahr ist er nun schon unterwegs, auf der Flucht vor der Gewalt in seinem Land.

Seit dem Brexit verkörpert das Vereinigte Königreich für viele einen Ausweg aus den

«Ich möchte nur einen Ort, an dem ich in Frieden leben und arbeiten kann.»

Zwängen der Dublin-III-Verordnung, die Exilant:innen dazu verpflichtet, ihren Asylantrag in dem ersten europäischen Land zu stellen, in dem ihre Fingerabdrücke registriert wurden. Durch die Lösung von diesem Rahmen

ist das Land nicht mehr verpflichtet, illegal eingereiste Personen systematisch in einen anderen Mitgliedstaat zurückzuschicken, im Gegensatz zur Schweiz, Frankreich, Italien oder Deutschland, um nur diese zu nennen.

30 Jahre repressive Politik

Das Erreichen der britischen Küste ist für viele trotz der zunehmenden Risiken bei der Überfahrt weiterhin eine Hoffnung. Die Zahl der Abfahrten nimmt nicht ab. Sie finden zudem immer weiter entfernt von Calais statt, um oft sehr gewaltsame Polizeieinsätze zu vermeiden. Diese drängen die Menschen dazu, überstürzt an Bord zu gehen, manchmal ohne den Zustand des Bootes und seines Motors überprüfen zu lassen.

«Im Zuge der bilateralen Abkommen wird immer mehr Geld [...] insbesondere in die Repression gesteckt», kritisiert Laura Poignet, Koordinatorin des Vereins Utopia 56. Diese repressive Politik, die in den 1990er Jahren begann, scheint jedoch keine abschreckende Wirkung zu haben. «Gleichzeitig sehen wir, dass immer mehr Menschen versuchen, nach England zu gelangen und dabei immer grössere Risiken eingehen.» Seit Anfang 2025 hat der Verein etwa 17.256 Menschen in Not an der Küste gezählt, das sind mehr als im gesamten Vorjahr. Einige wurden vor der Küste von Dieppe aufgefunden, wodurch sich die zurückzulegende Entfernung im Vergleich zu den Überfahrten von

den Stränden von Calais verdreifachte und die Dauer manchmal bis zu 12 Stunden betrug.

Leben und Überleben in der Wartezeit

In der Warteschlange für eine Mahlzeit, die vom Verein «La Vie Active» verteilt wird, spricht ein junger sudanesischer Exilant einen Freiwilligen an. «Weisst du, was sich durch dieses neue Abkommen ändert?», fragt er, «Ich verstehe nichts davon.» «Es ist noch zu früh, um das zu sagen», antwortet man ihm. Auf jeden Fall gilt das Abkommen nicht für Minderjährige.

Die Essensverteilung findet am Rande eines Lagers in Calais in der Nähe des Krankenhauses statt. Fast 300 Menschen schlafen dort in Zelten, die sie sich zu zweit oder zu viert teilen und die manchmal einfach auf dem feuchten Boden aufgestellt sind. Etwa zehn solche provisorischen Lager erstrecken sich zwischen Industriegebieten, Wäldern und Brachflächen rund um Calais. Ein grosses Grundstück wird in der Gemeinde Loon Plage, westlich von Dünkirchen, besetzt. Insgesamt leben dort zwischen 1000 und 2000 Menschen, die darauf warten, dass die Wetterbedingungen für die Überfahrt nach Grossbritannien günstig sind. Einige versuchen die Überfahrt auch per Lkw. Das Warten dauert mehrere Nächte, manchmal Monate, überschattet von einer permanenten Polizeipräsenz. In regelmässigen Abständen erinnern Räumungen daran, dass an der Küste das Verweilen verboten ist: Das ist das Prinzip der seit 2016 umgesetzten Politik der «Null-Fixierung». Polizeikonvois und Reinigungsdienste rücken an, um die Notunterkünfte abzureissen und die Bewohner:innen dieser Orte zu evakuieren. Diese Einsätze finden mehrmals pro Woche statt, oft im Morgengrauen. Im September zwangen die Räumungen des «Orange Squat» in Calais und des «Dschungels» von Dünkirchen mehr als tausend Menschen dazu umzuziehen, manchmal nur wenige hundert Meter weiter. Zelte, persönliche Gegenstände und Papiere werden meist beschlagnahmt oder vernichtet. Der Verlust und das Fehlen von Papieren führt zu einer grossen Verunsicherung. Im Rahmen des spezifischen «One in, one out»-Abkommens ist der Besitz von Ausweispapieren und, im Falle von Familien, von Geburts- oder Heiratsurkunden eine zwingende Voraussetzung, um sich für die neu vorgesehene Durchreisemöglichkeit zu bewerben.

Exilkompatible Kriterien

Der Besitz gültiger Dokumente reicht jedoch nicht aus, um den Zugang zu einem Visum für England zu garantieren. «Diejenigen, die noch Papiere besitzen, wissen nicht, wo sie dieses Formular ausfüllen können, wissen nicht, an welche Organisation sie sich wenden sollen. Wir sind der Ansicht, dass eine angemessene Begleitung erforderlich ist, damit jede und jeder die Chance hat, dieses Visum zu erhalten», betont Léa Bateau, Leiterin des «Secours Catholique» in Calais. Im Hof vor ihr beginnen fünf Männer eine Partie Fussball, während andere duschen oder ihre Kleidung waschen gehen. Drei Frauen gehen in einen Nebenraum, um ihre Telefone aufzuladen, während ihre Kinder mit freiwilligen Mitarbeiter:innen spielen. An jedem Nachmittag unter der Woche kommen zwischen

500 und 1000 Menschen in diese Tagesstätte.

Um diesem Bedarf an rechtlicher Begleitung gerecht zu werden, bietet die Organisation «Refugee Legal Support» alle zwei Wochen eine Sprechstunde in der Tagesstätte des «Secours Catholique» an. Diese Unterstützungs- und Rechtsberatungsgespräche helfen den Exilierten, das erforderliche Formular auszufüllen, um von diesem neuen Abkommen profitieren zu können. Dennoch «kommen nur sehr wenige Menschen zu Refugee Legal Support, um sich in dieser Angelegenheit beraten zu lassen. Viele sagen uns, dass sie Angst haben, weil nur sehr wenige Informationen über die Folgen einer Annahme verfügbar sind», erklärt Marie-Laure Richter, Mitarbeiterin des «Secours Catholique». Sie fügt hinzu, dass «einige seit einem Monat einen Antrag gestellt haben und immer noch keine Antwort erhalten haben». Die von den französischen Behörden angekündigte offizielle Frist beträgt 14 bis 28 Tage. Die Zulassungsbedingungen sind streng: Man muss sich in Frankreich aufhalten, darf keinen Schutzstatus und kein Aufenthaltsrecht haben und darf nie ohne Genehmigung in das Vereinigte Königreich eingereist sein. Diejenigen, die eine Einreiseerlaubnis erhalten, müssen innerhalb einer sehr kurzen Frist ihren Standort bestätigen, sonst scheitert der Antrag. «Die meisten Menschen, denen wir helfen, haben keinen Reisepass, was sie daran hindert, einen Antrag zu stellen», erklärt Basma Kamel, Sensibilisierungsbeauftragte bei «Refugee Legal Support». «Andere haben noch ihren Personalausweis, können aber nur sporadisch auf ihre E-Mails zugreifen oder haben Schwierigkeiten, ihren Standort zu beweisen. Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn sie ihre Anwesenheit in Frankreich bestätigt haben, was viele nicht in der Lage sind zu tun. Ein weiterer häufiger Grund für die Ablehnung ist technischer Natur: Unscharfe Fotos oder unklare Angaben führen oft zur Ablehnung von Anträgen.» Ein weiteres Kriterium, das in krassem Widerspruch zur Realität der Migrationswege steht: Um Vorrang zu erhalten, wird empfohlen, sich in den letzten fünf Jahren bereits sechs Monate lang legal im Vereinigten Königreich aufgehalten zu haben. «Das sieht für uns nicht gut aus», kommentiert Poorya*, ein iranischer Mann, als er von den Antragsbedingungen erfährt. Staatsangehörige bestimmter Nationalitäten, deren Asylanträge häufig vom Vereinigten Königreich angenommen werden, werden bevorzugt, während andere ausgeschlossen werden. Anschliessend erfolgt eine Auslosung, um über die Anträge zu

entscheiden. Im Jahr 2024 erhielten 66 Prozent der Iraner-innen Asyl, die nach illegaler Überfahrt des Ärmelkanals im Vereinigten Königreich ankamen, gegenüber 99 Prozent der Syrer-innen und Sudanese-innen. «Es ist ohnehin eine sehr gefährliche Reise, von hier nach England zu gelangen. Ich möchte anderen nicht die Chance nehmen, dort zu bleiben», fügt Poorya* hinzu. Abgesehen von den strengen Zulassungskriterien und seiner Willkür wird dieses Verfahren von vielen allein schon wegen seinem Inhalt abgelehnt. Sein syrischer Nachbar stimmt zu: «Ich bin gegen dieses Abkommen. Das würde bedeuten, den Platz einer Person einzunehmen, die für die Überfahrt bereits ihr Leben riskiert.»

Umstrittene Umsetzung

Seit Beginn des Pilotprojekts rühmt sich die britische Regierung damit, «42 illegale Migrant-innen» aus ihrem Hoheitsgebiet «entfernt» zu haben. Andere Personen sind weiterhin im Vereinigten Königreich inhaftiert und warten darauf, ob sie im Rahmen dieses umstrittenen Abkommens nach Frankreich zurückgeschickt werden. Ende August zählte die BBC «mehrere Dutzend» Fälle. Die lokalen Politiker-innen bleiben skeptisch, was das transformative Potenzial des Abkommens angeht. «Dieser Text befasst sich nicht mit den Ursachen der Migration», meint Bertrand Ringot, Bürgermeister von Gravelines, einer Gemeinde mit 12.000 Einwohner-innen östlich von Calais. «Er begnügt sich damit, die Ströme kurzfristig zu verwalten, [...] und dient

eher dazu, politische Entschlossenheit zu demonstrieren, als das Problem der Überfahrten konkret zu lösen.» Da die Bürgermeister der Küstenregion bei der Ausarbeitung des Abkommens «in keiner Weise konsultiert» wurden, bedauert der Politiker die mangelnde Rücksichtnahme seitens der französischen Regierung sowie das Fehlen eines politischen Dialogs mit den britischen Regionalbehörden. «Wir lokalen Politiker haben rein technische Beziehungen zu den Behörden in Kent», betont Bertrand Ringot. «Was wir fordern, ist ein politischer Dialog mit den Briten. Ich denke, es ist höchste Zeit dafür. Man kann sich nicht nur auf Beziehungen von Staat zu Staat beschränken.»

In einem am 8. Oktober 2025 in Le Monde veröffentlichten offenen Brief prangert eine Gruppe von Organisationen und Bürger-innen «ein institutionelles Feilschen um Menschenleben» an. Der Verein Utopia 56 beschreibt seinerseits in einer Erklärung «ein System [...], das den Zugang zu internatio-

nalem Schutz opfert und in dem die betroffenen Personen wie austauschbare Zahlen behandelt werden». Die Bedingungen dieser Vereinbarung werden daher als unanständig und menschenunwürdig angesehen. Es ist jedoch das Verfahren, mit dem die Vereinbarung durchgesetzt wurde, das diesen Organisationen nun ermöglicht, Beschwerde einzulegen. Aufgrund der fehlenden Debatte im Parlament und der Bedingungen für die Umsetzung der Rückführungen haben etwa fünfzehn Vereinigungen² an den Staatsrat appelliert – er ist für die Kontrolle der Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Frankreichs zuständig. «Auf französischer Seite wurde das Abkommen durch einen einfachen Erlass bestätigt, obwohl es die Freizügigkeit von Personen betrifft, da Menschen im Vereinigten Königreich inhaftiert sind und sein werden», erklärt Amélie Moyart, Kommunikationsbeauftragte bei Utopia 56. «Da dies nicht im Parlament debattiert wurde, haben wir jetzt die Möglichkeit, diese Abkommen wegen Verfahrensfehlern anzufechten.»

Während beide Regierungen die Schaffung «legaler Durchgangswege» zwischen den beiden Ländern anpreisen, hat das Vereinigte Königreich Ende August die Familienzusammenführung für Geflüchtete ausgesetzt. Ehepartner-innen, Frauen oder Kinder von Personen, die in England Asyl erhalten haben, können daher nicht mehr legal zu ihnen ziehen. Dies veranlasst manche Menschen dazu, gefährliche und unter Strafe stehende Reisen anzutreten. «Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass dieses Abkommen nur ein PR-Gag ist», bedauert Amélie Moyart. «Gleichzeitig hat die englische Regierung gerade eine der wenigen wirklich sicheren Einreisemöglichkeiten für bestimmte Personen abgeschafft.»

Justine Bosset**

*Die mit einem Sternchen gekennzeichneten Vornamen wurden geändert.

**Justine Bosset hat kürzlich ihr Studium am «Institut des Hautes Etudes Internationales et du Développement» in Genf abgeschlossen. Während ihres Masterstudiums in internationaler Entwicklung konzentrierte sie sich auf die Themen Gender, Rassismus und Migration. Nach einigen Monaten Arbeit bei einer Organisation, die Menschen im Exil Nothilfe leistet, kehrte sie in die Schweiz zurück und schreibt jetzt Artikel für verschiedene Medien.

1. Der «Conseil d'Etat» in Frankreich ist zum einen das oberste Verwaltungsgericht und zum anderen ein Beratungsgremium der Regierung in Rechtsfragen

2. Die Verbände sind: Gisti, Anafé, Ligue des Droits de l'Homme, Secours Catholique, Dom'Asile, ARDHIS, Médecins du Monde, Cimade, SALAM, Human Rights Observers, Accueil Demandeurs d'Asile (ADA), Fédération des associations de solidarité avec toutes les immigré-es und Groupe Accueil et Solidarité (GAS).



Migranten versuchen, den Ärmelkanal zu überqueren. Im Hintergrund ist eine Fähre für alle anderen zu sehen. Foto: Sameer Al-DOUMY